Zur Sache informiert Erster Beigeordneter Sterzenbach, dass Herr Schwarz vom Rhein-Sieg-Kreis in einem Gespräch mitgeteilt hat, dass dieser Beschlussvorschlag seiner Meinung nach so nicht gehe, weil eine Änderung des Regionalplanes als Voraussetzung für den Beitritt voraussichtlich mehrere Jahre dauern würde. Der Projektträger müsse jedoch in 2012 den Investitionsplan erstellen, wobei Anzahl und Umfang der Teilnehmer und Mitträger feststehen müssen. Danach sei ein Beitritt, auch rückwirkend nicht mehr möglich.

Herr Lorenz erklärt, dass seitens des Rhein-Sieg-Kreises bereits im Oktober 2011 die Fläche an der K 27 von Lindscheid überplant wurde, gleichwohl der Ausschuss und der Rat noch nicht den Beitritt zum Projekt beschlossen hatten. Diese Vorgehensweise hält er für nicht transparent, zumal die Gemeinde in diese Planungen nicht einbezogen wurde. Bei Umsetzung dieser Maßnahmen wäre die Ausweisung eines GI-Gebietes an dieser Stelle nicht mehr möglich.

Er weist darauf hin, dass nach dem Förderzeitraum die vereinbarten Ziele eingehalten werden müssen und die daraus entstehenden Folgekosten von der Gemeinde ohne Endzeitraum zu übernehmen sind. Weiterhin sei es Bedingung, dass am Ende der Laufzeit ein rechtlich verankertes Naturschutzgebiet hergeleitet werden muss.

Herr Scholz führt aus, dass dieses Projekt auf Freiwilligkeit basiert. Welche Bereiche durch Maßnahmen ökologisch aufgewertet werden, entscheidet die Gemeinde in Abstimmung mit dem Projektträger. Im Hinblick auf den vorangegangenen TOP sei dieser Beschlussvorschlag obsolet, da das Änderungsverfahren des Regionalplanes mindestens bis zum Jahr 2013 dauert und der Beitritt zu diesem Projekt nur noch in 2012 möglich ist. Man müsse sich entscheiden, welchen Weg man zukünftig weiter gehen möchte.

Nach einer Unterredung über die Frage, ob dem Kreis die Gewerbegebietsplanungen der Gemeinde Eitorf bekannt waren oder nicht, wird nochmals eingehend die Problematik dieser Situation erörtert. Einerseits wolle man die eigenen Planungsabsichten nicht gefährden, andererseits aber auch das Naturschutzprojekt beispielsweise durch die Schaffung von Trittsteinen für den Moorbläuling oder die Ansiedlung des Schwarzstorches durch einen späteren Beitritt unterstützen.

Vorsitzender Gräf versteht diesen Beschlussvorschlag als Angebot an die zuständigen Behörden, einen Kompromiss für diese Problematik zu finden, da dieser Ausschuss ursprünglich bereits den Beitritt zum Projekt abgelehnt hat.

Herr Dr. Peeters setzt auf Kommunikation mit den zuständigen Behörden. Auch seines Erachtens macht dieser Kompromissbeschlussvorschlag deutlich, dass die Gemeinde sich diesem Projekt grundsätzlich nicht verschließt und macht gleichzeitig deutlich, was die Gemeinde Eitorf möchte.

Herr Kolf macht deutlich, dass die Entwicklung eines Gewerbegebietes an der K 27 bei Lindscheid für seine Fraktion im Vordergrund steht. Gleichwohl könne man sich dem Kompromissvorschlag der Verwaltung anschließen.

Auf Frage von Herrn Scholz erläutert Erster Beigeordneter Sterzenbach, dass der Rat unverzüglich über jegliche Entscheidung der Bezirksregierung zum Regionalplanänderungsverfahren informiert wird.

Nachdem man sich ausschussesseitig auf die Streichung der Passagen „...nach Maßgabe der modifizierten Verwaltungsvereinbarung...und unter Wegfall der genannten Modifikation...“ im Beschlussvorschlag geeinigt hat, bittet der Vorsitzende um Abstimmung.